Sehr geehrte Damen und Herren,

Traditionen sind wiederkehrende, meist liebgewonnene Handlungen, die Menschen in Gemeinschaften entwickelt haben, um ihrem Zusammenleben Struktur zu geben. In den vergangenen Jahren haben auch wir traditionell unsere Anmerkungen zu den vorgelegten Haushaltsplänen vorgetragen und in Vorbereitung dieser die vorangegangenen Reden nochmals gelesen. Wie gesagt, es entwickeln sich Traditionen. Wenn ich mir die Themen unserer Haushaltsreden jedoch vor Augen führe, kann ich auch beginnen mit: „Und täglich grüßt das Murmeltier".

Im letzten Jahr hatten wir darauf hingewiesen, dass viele Aufgaben, die sich in unseren Haushalten finden, üblicherweise nicht abgearbeitet werden – können – und daher als alte Bekannte über Jahre immer wieder diskutiert werden. Dazu gehören traditionell (in diesem Fall jedoch nicht liebgewonnen) die Sanierungsmaßnahmen im innerörtlichen Straßennetz, eigentlich generell Unterhaltungsmaßnahmen unserer bestehenden Infrastruktur. Auch in diesem Jahr wird es nicht anders sein. Wir hatten im letzten Jahr ausgeführt, dass regelmäßig unvorhergesehene Aufgaben in Verwaltung und Gemeinderat aufschlagen, die die Planungen mehr oder weniger stark durcheinander bringen. Seit dem vergangenen Jahr haben wir eine große, gesamtgesellschaftliche Aufgabe zusätzlich kommunal zu bewältigen: den anhaltenden Zuzug von Menschen, die in ihren Heimatländern keine menschenwürdigen Lebens- und Überlebensmöglichkeiten mehr vorfinden. Dieser Fakt verändert unsere Sichtweise auf die Verschiebung unserer Prioritäten enorm. Diesen Menschen, nicht nur schnell Unterkunft und Sicherheit zu geben, sondern ihnen Bildung, Arbeit und vor allem Anerkennung innerhalb unserer kommunalen Gemeinschaft zu bieten, verlangt von uns allen langfristiges, finanzielles und auch strukturelles Engagement.

Die von uns Grünen in den letzten Jahren immer wieder postulierten dringenden Aufgaben wie z.B. der Bau der Sporthalle, die Förderung der Entwicklungen in den Ortsinnenlagen und die Nachhaltigkeit in der finanziellen Ausstattung unserer Kommune sind dadurch um einen nicht unerheblichen Aspekt dringlicher.

Nicht erst durch den enormen Zuzug hat sich in unserer Kommune die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum verschlechtert. Die Prosperität im Großraum Stuttgart und die im Regionalplan vorgenommene Festlegung von Renningen als Wohnbauschwerpunkt, aber auch die erhöhten Herstellungskosten im Bausektor, haben den Anteil an sozial verträglichen Miet- und Wohnungspreisen sehr stark eingeschränkt. Leider ist im vergangenen Jahr die Diskussion um die Mietpreisbremse unter dem Gesichtspunkt auch der kommunalen Steuerung im Sinne der Daseinsvorsorge aus unserer Sicht zu kurz gekommen. Für uns ist in diesem Zusammenhang auch das fehlende Angebot im Bereich des betreuten Wohnens zu se-

hen. Dieser Baustein ist – auch unter dem Gesichtspunkt des frei werdenden Wohnraums – für unsere Stadtentwicklung elementar. Für uns ist daher überhaupt nicht verständlich, wieso das Projekt Betreutes Wohnen im diesjährigen Haushalt mit nur einer Planungsrate von 348.000,00 € auftaucht (so wie im vergangenen Jahr auch, was demnach nicht zwangsläufig die tatsächliche Abrufung dieses Betrages bedeutet). Diese Zweifel sind auch deshalb begründet, weil diese Maßnahme nicht einmal im Zeittableau für die Hoch- und Tiefbauarbeiten für die kommenden Jahre auftaucht. Wir sind der Auffassung, dass dieses für unsere Entwicklung wichtige Projekt unbedingt in diesem Jahr in Angriff genommen werden muss, damit es in nicht das gleiche Schicksal erleidet, wie die Sporthalle!

Die Freien Wähler hatten im vergangen Jahr in Abstimmung mit uns den Antrag auf externen Sachvortrag zum Thema „Chancen und Möglichkeiten der Innenentwicklung“ gestellt. Der in der Novembersitzung gehaltene Vortrag hat den Gemeinderat und auch die Verwaltung zu der Einsicht gebracht, dass dieses Thema in diesem Jahr in einer ausführlichen Klausur zu behandeln ist.

Wir stellen den Antrag, für diese Klausur einen der folgenden Referenten einzuladen:

Herrn Stefan Flaig
Ökonsult
flaig@oekonsult-stuttgart.de
Gerberstr. 9
70178 Stuttgart
Telefon: 0711 67 44 74 - 60

oder

Herrn Prof. Alfred Ruther-Mehlis
alfred.ruther-mehlis@hfwu.de
Hochschule f. Wirtschaft u. Umwelt, Nürtingen-Geislingen
Fakultät f. Landschaftsarchitektur, Umwelt und Stadtplanung
Campus: CB1 105
Schelmenwasen 4
72622 Nürtingen
Telefon: 07022 201171
(https://www.hfwu.de/alfred-ruther-mehlis/)

Ein weiterer wiederkehrender Aspekt unserer vergangenen Haushaltsreden ist die Betrachtung unserer Einnahmen und Ausgaben und der stabilen Erwirtschaftung einer Zuführung zum Vermögenshaushalt. Unsere bisherige Argumentation der Erhöhung unserer Einnahmen durch die moderate Anpassung unserer Hebesätze verhallt regelmäßig ungehört, größtenteils sogar unkommentiert. Unsere Einladung, dieses Thema sachlich zu argumentieren, blieb genauso unerwidert. Da wir ja bekanntermaßen Übung im Bohren dicker Bretter haben, ist unser Diskussionsansatz in diesem Jahr ein anderer.

In den vergangenen Jahren wurden bei der Bewertung der Verwaltungshaushalte von allen Fraktionen jeweils nur die absoluten Zahlen betrachtet. Ein direkter Vergleich schien aufgrund der schwankenden Haushaltssummen auch schwierig bzw. unmöglich. Wir haben uns die letzten 10 Haushaltsjahre (jeweils mit den Planansätzen) angeschaut und die Einnahmen

und Ausgaben nach ihrem prozentualen Anteil aufgeschlüsselt und damit die Systematik unserer Haushaltsentwicklung.

Tatsächlich lassen sich manche Ausführungen der Verwaltung unter dieser Betrachtung relativieren. Allein die Höhe der Gewerbesteuer (hier ihr Rückgang auf 7 Mio.) und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (Anstieg auf über 11 Mio.), woraus die Verwaltung liest, dass der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer die wichtigere, weil verlässlicher kalkulierbare Größe ist, kann so nicht stehen gelassen werden. Die Analyse der letzten 10 Haushaltsjahre zeigt, dass der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit im Durchschnitt 27,6 % am Haushaltsvolumen immer der größte Einnahmeposten war. Dem gegenüber kamen die Einnahmen der Gewerbesteuer mit durchschnittlich 22,5 % in keinem der letzten 10 Jahre in Summe über den jeweiligen Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer.

Für die Verbesserung der Einnahmeseite im Verwaltungshaushalt gibt insgesamt zwei kommunale Steuerungsmöglichkeiten: Zum einen die Erhebung von Steuern, bei denen wir die Hebesätze ändern können (Grundsteuer, Gewerbesteuer; andere Steuern z.B. Vergnügungssteuer und Hundesteuer haben wir auch im vergangenen Jahr erhöht.). Zum zweiten die Gebühren, wobei wir in den vergangenen Jahren dazu übergegangen sind, einen festen Prozentsatz des Deckungsgrades nicht zu unterschreiten. Dieser Prozentsatz wurde im Gremium diskutiert und entsprechend verabschiedet. Wie gesagt, wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder angesprochen, dass diese Steuern und Gebühren so ziemlich die einzigen kommunalen Möglichkeiten sind, die Einnahmen im Vermögenshaushalt zu verbessern. Bedauerlich dabei ist, dass wir weder im Gremium noch in der Verwaltung die Bereitschaft finden, dieses Thema sachlich zu diskutieren, von einer entsprechenden Änderung der Systematik mal ganz zu schweigen. Wir sagen es hier jedoch nochmals deutlich: Der Hebesatz der Grundsteuer B liegt mit 300 v.H. seit Jahren unter dem Landesdurchschnitt von 387 v.H. und er ist im Verhältnis zum Haushaltsvolumen in den letzten zehn Jahren von 7 % stetig auf derzeit 5,2 % gesunken. In Zahlen wird deutlich, dass wir 2007 einen Planansatz für die Grundsteuer (allerdings A und B zusammen) von rund 1,89 Mio. € hatten und in 2016 von rund 2,13 Mio. €. Das bedeutet gerade einmal 250.000 € mehr und ist damit nicht mal im Ansatz ein Anteil der erhöhten Verwaltungskosten, geschweige denn in einem angemessenen Verhältnis zu der in den vergangenen zehn Jahren geschaffenen neuen Infrastruktur bzw. den ausgebauten Standards in der Daseinsvorsorge (z.B. in der Kinderbetreuung oder Altenpflege). Und der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde in Renningen seit 1975! nicht angepasst. Es ist in unseren Augen überhaupt nicht nachvollziehbar, dass die im Wirtschaftsleben anerkannten und praktizierten Anpassungen steigender Kosten auf die Gebühren oder Preise von Waren und Dienstleistungen, ausgerechnet im kommunalen Haushalt ausgeschlossen sein soll.

Wir beantragen daher die Anhebung unserer Hebesätze durchgängig auf den Landesdurchschnitt:

für die Grundsteuer A von 270 v. H. auf 353 v. H.

für die Grundsteuer B von 300 v.H. auf 387 v. H. und

für die Gewerbesteuer von 330 v.H. auf 361 v. H..

Wir haben wieder ein sehr spannendes Haushaltsjahr vor uns und wir laden Sie alle ein, unsere Stadt engagiert und kreativ weiter zu gestalten.

Vielen Dank!

Martina Siedentopf • Jochen Breutner-Menschick • Erwin Eisenhardt • Jörg Stenner